

**30. April: Tag gegen Arbeitslosigkeit**

**ARBEITSLOSENGELD**

**dauerhaft ERHÖHEN!**

**Nettoersatzrate auf 80%**

**Gegen Massenkündigungen und  
Fabrikschließungen –  
öffentlich investieren in Schule, Bahn  
und Gesundheit...**

**Gegen die Deckelung der  
Notstandshilfe, repressive  
Sanktionen und schikanöse  
Bestimmungen zur Zumutbarkeit**

**KUNDGEBUNG**

**30. April, 16 Uhr**

**Viktor-Adler-Platz, Favoriten**

Alle weiteren Termine und Aktionen unter [selbstbestimmtes-österreich.at](http://selbstbestimmtes-österreich.at)



Zu Beginn der Corona-Pandemie hat die türkis-grüne Regierung noch groß angekündigt, „alles dafür zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu senken“. Doch das Gegenteil folgte: Massenkündigungen, wie bei ATB, Swarovsky oder MAN Steyr, wurden und werden nicht verhindert, keine Maßnahmen ergriffen, Arbeitsplätze langfristig abzusichern, und keine Schritte gesetzt, Arbeitsplätze zu schaffen. Schlimmer noch: in der Regierung wird über eine „degressive Form“ des Arbeitslosengeldes diskutiert, was für Arbeitslose, die länger keinen Job finden, nichts anderes bedeutet als eine Existenzbedrohung.

Wenn auf mehr als 500.000 Arbeitssuchende lediglich 80.000 freie Stellen kommen, wer außer Minister Kocher wagt da noch, von „selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit“ oder „Arbeitsunwilligkeit“ zu sprechen? Diese Argumente lösen sich angesichts fehlender Stellen in Luft auf. Doch während großen Firmen 80% ihres entgangenen Umsatzes ersetzt wird, bleiben den vielen unselbstständig Beschäftigten, die ihren Job verlieren, läppische 55% des vorherigen Einkommens als Arbeitslosengeld – und das nur 12 Mal im Jahr. Hinzu kommen noch die verschärften Zumutbarkeitskriterien und die Sanktionsschraube. Da ist es kein Wunder, dass das durchschnittlich

ausbezahlte Arbeitslosengeld weit unter der Armutsgrenze liegt, von der Notstandshilfe gar nicht zu reden.

Die Regierung setzt dagegen leere Worte und die „Selbtheilungskräfte“ des Marktes, und meint damit: Wer nicht genug Arbeitslose bekommt, um vernünftig zu leben, nimmt jeden Job für jedes Geld. Die hohe Arbeitslosigkeit wird so benutzt, den Niedriglohnsektor weiter auszubauen, und bringt dramatische Auswirkungen auf die noch Beschäftigten: sinkendes Gehalt, weiterer Abbau von Arbeitsrechten, schlechte Kollektivvertragsabschlüsse, Angriffe auf die Pensionen... Auf der Seite der einfachen Menschen wird gekürzt, den Wohlhabenden wird gegeben.

Der Kurs der Regierung zur „Lösung der Krise“ geht in eine Richtung, die noch mehr Existenzangst, Armut, Arbeitslosigkeit und eine enorme Pleitewelle mit sich bringt. Dagegen wollen wir vielfältige Zeichen des Protestes und der Solidarität setzen: Aktionen vor Unternehmen, Infotische vor den Arbeitsämtern, Demonstrationen oder auch ein Volksbegehren. Wir laden alle ein, sich am Aufbau einer Bewegung für folgende Forderungen zu beteiligen:

**Siehe Vorderseite!**